

Personalien

Heiner Boegler, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss sowie im Arbeitskreis „Sozialversicherung in Europa“ im SoVD-Bundesverband, feiert am 16. Dezember seinen 75. Geburtstag.

Der 2. Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland ist Träger des Bundesverdienstkreuzes. Seit 2006 ist Heiner Boegler Mitglied im SoVD.



Heiner Boegler

RPS Rheinland-Pfalz



Die SoVD-Vertreter mit Ministerin Bätzing-Lichtenthäler.

Treffen mit Ministerin

Die SoVD-Landesvorsitzenden Richard Dörzapf (li.) und Heiner Boegler (re.) sowie Landesschriftführer Helmut Burkhardt trafen sich zu einem Gespräch mit der rheinland-pfälzischen Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD). Themen waren die Gefahr der Altersarmut, die Weiterentwicklung des Bundesteilhabegesetzes und die Pflegestärkungsgesetze. Ministerin Bätzing-Lichtenthäler schloss sich Bedenken des SoVD an, der eine Verschlechterung der guten Regelung in Rheinland-Pfalz fürchtet. Sie versicherte, dies verhindern zu wollen. Abschließend wurde eine Fortsetzung des Dialogs vereinbart.

Urteil

Wohngruppenzuschlag für Pflege auch in Familie

Pflegebedürftige in ambulant betreuten Gruppen haben Anspruch auf einen Zuschlag aus der Pflegeversicherung. Ihre „Wohngruppe“ kann unter Umständen auch ihre Familie sein.

Damit auch in einer nicht klassischen „WG“, sondern familiären Wohngruppe Anspruch auf den pauschalen Wohngruppenzuschlag besteht, muss laut Bundessozialgericht Folgendes erfüllt sein: Die Familie wird ambulant betreut. In der Wohnung leben mindestens drei Pflegebedürftige zusammen. Und eine Pflegekraft verrichtet auch „verwaltende, organisatorische oder pflegerische Tätigkeiten“, die das gemeinsame Wohnen betreffen.

Der Zuschlag beträgt 205 Euro pro Person und Monat, ab 2017 sind es 214 Euro. In dem speziellen Fall konnte die Antragstellerin die Voraussetzungen aber nicht nachweisen. Ihre Aufgaben waren nicht „deutlich von der individuellen Pflege und den familiären Verpflichtungen abgegrenzt“ (BSG, Az.: B 3 P 5/14 R). *wb/ele*

SH Schleswig-Holstein

Gemeinsam stark für gute Pflege

In der bis auf den letzten Platz besetzten Halle 400 in Kiel fand die Abschlussveranstaltung der von den schleswig-holsteinischen Landesverbänden des SoVD und der Arbeiterwohlfahrt organisierten Kampagne „Gemeinsam stark für gute Pflege“ statt. Die mehr als 500 Besucherinnen und Besucher erlebten einen sehr informativen und abwechslungsreichen Nachmittag.

Höhepunkt war ein Auftritt der aus Funk und Fernsehen bekannten und beliebten Moderatorin Bettina Tietjen, die aus ihrem Buch „Mein Vater, die Demenz und ich“ vorlas. Für die humorvolle und sehr liebevolle Schilderung ihrer Erlebnisse mit ihrem an Demenz erkrankten Vater erntete sie großen Applaus von den Zuschauerrängen. Für die gelungene musikalische Umrahmung der Veranstaltung sorgte Sängerin Ute Schönherr aus Postfeld.



Pflege als Daseinsvorsorge

Im Anschluss an die Lesung diskutierte Bettina Tietjen mit Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Mitglied im Bundesvorstand des SoVD, Andreas Breitner, ehemaliger Innenminister und heutiger Verbandsdirektor im Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen, Wolfgang Baasch, AWO-Landesvorsitzender, und Wolfgang Schneider, Landesvorsitzender des SoVD, über die Pflegepolitik in Deutschland.

Mit einem engagierten Auftritt warb Engelen-Kefer für eine Pflegevollversicherung und mahnte die Politik, sich am skandinavischen Vorbild zu orientieren, wo die Pflege als Teil der Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung liege. Andreas Breitner betonte, dass 93 Prozent aller Menschen bis kurz vor ihrem Lebensende in der ei-

Diskutierten in der Kieler Halle 400 über die Pflegepolitik (v. li.): Moderatorin Jutta Schümann, Wolfgang Schneider, Bettina Tietjen, Andreas Breitner, Wolfgang Baasch und Ursula Engelen-Kefer.

genen Wohnung blieben. Ziel von Wohnungsunternehmen müsse es deshalb sein, Barrierefreiheit und Wirtschaftlichkeit sinnvoll miteinander zu verbinden. Dafür seien staatliche Hilfen unabdingbar.

Mensch im Mittelpunkt

Ebenso wie Bettina Tietjen warb Wolfgang Schneider für eine wesentlich bessere finanzielle Unterstützung von Menschen mit Pflegebedarf sowie deren Angehörigen. Er forderte eine solidarische Bürgerversicherung, die es materiell ermöglicht, den Menschen wieder in den Mittelpunkt allen pflegerischen Handelns zu stellen.

Wolfgang Baasch hob hervor, dass die Beschäftigten in der Pflege eine ungemein wertvolle Arbeit für die Gesellschaft leisteten und deshalb auch wesentlich besser als heute entlohnt werden müssten.

Zu Beginn sprach Schleswig-Holsteins Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) ein Grußwort. Sie lobte den SoVD und die AWO für deren „hervorragende Pflegekampagne“ und unterstrich, dass Pflege keine Privatsache sei, sondern von staatlicher Seite bestmöglich unterstützt werden müsse. Dabei sei es ein Schwerpunkt der Landespolitik, flächendeckende Beratungsangebote zu schaffen.

SoVD im Gespräch

SoVD war Teilnehmer der Inklusionstage

Im Berlin Congress Center fanden im Oktober die vierten Inklusionstage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales statt. Im Mittelpunkt stand das zehnjährige Jubiläum der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Parlamentarische Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller (SPD) bezeichnete die Umsetzung der Konvention in Deutschland als fortwährenden Prozess und betonte, Sorgen der Betroffenen im aktuellen Gesetzesprozess zum Bundesteilhabegesetz ernst zu nehmen. Prof. Dr. Eibe

Riedel (Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UN) charakterisierte in seinem Vortrag die Konvention als wichtigen Impulsgeber für das geltende Recht auf Nichtdiskriminierung. In der anschließenden Podiumsdiskussion stand das geplante Bundesteilhabegesetz im Mittelpunkt.

Austausch über das Thema Sozialrecht

Auf Initiative des neuen Präsidenten des Bundessozialgerichtes (BSG), Dr. Rainer Schlegel, fand ein Treffen zwecks eines ersten Austauschs zwischen ihm

und dem Präsidenten des SoVD, Adolf Bauer, statt.

Im Dialog betonte Dr. Schlegel, wie wichtig es für das BSG sei, sich nah an der Praxis und im Kontakt zu Verbänden, Gewerkschaften und Politik zu befinden. Er hob die Notwendigkeit der Arbeit ehrenamtlicher Richter hervor und sprach sich dabei ausdrücklich gegen den Impuls einer Zurückdrängung der Ehrenamtlichkeit durch die Länder aus. Auch bemängelte er, dass das Sozialrecht und die Sozialgerichtsbarkeit keine ausreichend große Rolle spielten.

SoVD-Präsident Adolf Bauer berichtete über aktuelle Themen, die den Verband bewegen, so z. B. das BTHG. Auch das Thema Prozesskostenhilfe sprach Bauer an.